

Wirtschaftschronik

1. Halbjahr 1981

Die Konjunkturflaute der heimischen Wirtschaft hält bis zum Frühjahr an. Zwar beleben sich seit Jahresbeginn die Exporte, die Nachfrage aus dem Inland bleibt aber unter dem Eindruck stagnierender Reallohn und restriktiver Wirtschaftspolitik schwach. Trotz des deutlich positiven realen Außenbeitrags verbessert sich die Leistungsbilanz nur mäßig, da sich auf Grund des steigenden Dollarkurses die Terms of Trade verschlechtern. Die Importverteuerungen verstärken auch den Preisauftrieb im Inland. Um Kapitalabflüsse zu vermeiden, bleibt das Zinsniveau weiterhin hoch; dennoch schwächt sich der effektive Schillingkurs etwas ab. Auf dem Arbeitsmarkt kann die Vollbeschäftigung trotz schwacher Konjunktur weiter aufrechterhalten werden.

Der Bundesvoranschlag 1981 sieht im Grundbudget Ausgaben von 335,1 Mrd S und Einnahmen von 285,3 Mrd S vor. Das Bruttodefizit beträgt somit 49,8 Mrd S, das inlandwirksame Defizit 21,0 Mrd S. Außerdem ist ein Konjunkturausgleichshaushalt mit Ausgaben von 5,1 Mrd S vorgesehen. Insgesamt dürfte der Voranschlag leicht restriktiv wirken.

Jänner: Erhöhung der Mehrwertsteuer für Strom, Gas und Brennstoffe von 8% auf 13%.

Erhöhung der Bahn- und Posttarife

2. Etappe des Arbeiter-Abfertigungsgesetzes

Lohnerhöhung für Bedienstete im Bund (Schemagehälter +6,6%), Bedienstete in den Ländern (Schemagehälter +6,3%), Bedienstete der Bundesbahn (Gehälter +6,1%), Handelsarbeiter (Kollektivvertragsgehälter +8,4%), Handelsangestellte (Kollektivvertragsgehälter +7,5%).

28. Jänner: Der Pönalesatz für die Nichteinhaltung der Mindestreservebestimmungen für Kreditunternehmen wird ab Februar von 5 Prozentpunkten über der Bankrate auf 3½ Prozentpunkte über der Bankrate gesenkt. Damit wurde eine neue Orientierungsgröße für den Geldmarkt geschaffen, die jedoch nicht zu einer Verflüssigung des Binnenmarktes führen dürfte.

Februar: Erhöhung der Preise für Mineralölprodukte

März: Erhöhung der Bundesmineralölsteuer um 20 Groschen.

Lohnerhöhungen für Arbeiter in der Textilindustrie (Kollektivvertragslöhne +7,6%, Ist-Löhne +6,9%), Angestellte in der Textilindustrie ohne Vorarlberg (Kollektivvertragsgehälter +8,5%, Ist-Gehälter +6,8%)

4. März: Das Direktorium der Oesterreichischen Nationalbank beschließt, die seit 1977 bestehende (und inzwischen mehrfach geänderte) Kreditzuwachsbegrenzung (Limes), deren Einhaltung Voraussetzung für die Notenbankrefinanzierung von Kreditunternehmen war, mit Ende Februar 1981 auslaufen zu lassen. Unverändert aufrecht bleibt allerdings der Sonderlimes für Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private. Damit sollen die aus der langjährigen Anwendung dieses Instrumentariums entstandenen Strukturverzerrungen im Kreditapparat beseitigt werden.

April: Lohnerhöhungen für Arbeiter in Baugewerbe und Bauindustrie (Tariflöhne +8,2%), Angestellte in Baugewerbe und Bauindustrie (Tarifgehälter +8,1%).

1. April: Die Bundesmineralölsteuer wird erhöht. Die Sätze betragen nunmehr 397 S bzw. 327 S je 100 kg Eigengewicht.

6. Mai: Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1981 und Budgetüberschreitungsgesetz. Das Budgetüberschreitungsgesetz sieht Ausgaben und Einnahmen von jeweils 1 081,5 Mill S vor. Die Ausgaben dienen vor allem Stützungen im Edelstahlbereich und Darlehen im Rahmen der Arbeitsmarktförderung. Die Finanzierung erfolgt insbesondere aus höheren Erträgen aus der Kapitalbeteiligung an der Notenbank und durch Ausgabenumschichtungen.

7. Mai: Das Direktorium der Oesterreichischen Nationalbank beschließt, den Kreditinstituten die Erfüllung der Mindestreservebestimmungen für den Mai durch Devisenswaps zu Marktkonditionen zu erleichtern.